

# SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:  
Hannover, Georgstr. 33

Parteitags-Sonderdienst

Hannover, 29. Juni 1947  
Telefon: 20951

## Dr. Kurt Schumacher vor der Presse

Wir geben im folgenden einen wesentlichen Auszug aus den Antworten, die Dr. Kurt Schumacher am Vorabend des Parteitages aus- und inländischen Pressevertretern auf ihre zahlreichen Fragen erteilte.

**Frage:** Glauben Sie, daß der Marshall-Plan Voraussetzungen für eine gesteigerte Produktion und Leistung Deutschlands sowie für die wirtschaftliche Einigung Deutschlands und für eine Wiedergesundung schaffen würde?

**Antwort:** Ja! Soweit wir den Marshall-Plan kennen, weisen ja seine sämtlichen Erscheinungsformen in eine positive Richtung hin. Es handelt sich hier um eine Aktion, bei der wirtschaftliche Voraussetzung und die Erkenntnis der Tatsache, daß es gewiß volkswirtschaftliche Gefahren in sich birgt, als einziger auf der Welt reich zu sein, jetzt auch eine Belebung der Produktion und der Konsumkraft der Länder Europas auslöst. Unter den Ländern Europas sind, wie ich glaube, die deutschen Gebiete der kranke Punkt und unter den kranken Punkten ist das Ruhrgebiet am meisten neuralgisch. Ich glaube, daß eine wirtschaftliche Belebung Europas von diesen kranken und neuralgischen Punkten auszugehen und daß hier entscheidend und schnell Hilfe einzusetzen hat.

Ich sage das nicht in Konkurrenz gegenüber der Hilfsbedürftigkeit anderer Volkswirtschaften. Ich sage das als das Ergebnis der internationalen Diskussionen über dieses Thema, die in der Theorie mindestens alle in diese Richtung weisen.

**Frage:** Was kann die SPD dazu beitragen, die Spannungen zwischen den West- und Osttendenzen abzumildern?

**Antwort:** Die SPD kann dazu beitragen, mit der Forderung der Rechtssicherheit und staatsbürgerlichen Gleichberechtigung in allen Zonen auch ein einheitliches Rechtsgefühl und das Gefühl der Gleichberechtigung im deutschen Volke zu erzeugen. Denn diese Ost- und Westlinie ist in Wirklichkeit nicht nur ein Gegensatz zwischen Ost und West, sondern auch eine Zerreißung des deutschen Volkes. Ich glaube, daß das andere Moment in dem freien Verkehr von Personen und Gütern zwischen diesen Zonen bestehen müßte, aber ich möchte darauf aufmerksam machen, daß das erste Moment in seiner psychologischen Wirkung von außerordentlicher Bedeutung ist. Die

Deutschen müssen wissen, ob sie in einem Polizeistaat oder in einem Rechtsstaat leben.

Auf eine weitere Frage, ob Vertreter aus der Ostzone anwesend seien, die authentisch darüber berichten könnten, wie die Sozialdemokraten dort verfolgt würden, antwortete Dr. Schumacher: Wenn Vertreter aus der Ostzone da wären, würde ich es ihnen nicht sagen (Heiterkeit). Authentisches Material haben wir mehr als wir lesen, geschweige denn menschlich zu verarbeiten imstande wären. Wenn Sie sich das schlimmste denken, dann sagen Sie sich, es ist noch 100 Prozent schlimmer. Dann kommen Sie der richtigen Situation näher.

**Frage:** Wie beurteilen Sie die Zukunft der Einigung Deutschlands und die Zukunft der deutschen Demokratie nach dem Mißklang in München?

**Antwort:** Der Mißklang in München ist in seiner politischen Wirkung wieder aufgehoben worden durch das merkwürdige "Vordertürstehen" in Berlin. Dieselben Ministerpräsidenten, die nach München ohne Sachreferenten gekommen sind und dort ohne Sachreferenten die kompliziertesten Fragen verhandeln wollten, begnügen sich jetzt, bei der Übermittlung der Münchener Ergebnisse an den Interalliierten Kontrollrat vorgelassen zu werden und fragen dabei an, wieviel Sachreferenten sie für diesen Übermittlungsakt mitzubringen hätten.

Wir wollen uns doch nichts vormachen. München war von einigen Unternehmern dieses Unternehmens ursprünglich etwas anders akzentuiert, aber ich glaube, die Sozialdemokratische Partei kann in gewissem Rahmen für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, daß in München der Gegensatz zwischen betont partikularen Auffassungen über die deutsche Zukunft und einem primitiven Zentralismus nicht zum Austrag gekommen ist, und der Wert von München beruht ja darin, daß die Ministerpräsidenten eine weise Selbstbeschränkung auf die Probleme gezeigt haben, die jetzt wirklich dem ganzen deutschen Volke auf den Nägeln brennen und für die es reale und reelle Mittel der Überwindung gibt.

Auf eine Frage nach dem Züricher Sozialistenkongreß wies Dr. Schumacher u. a. darauf hin, daß zur Aufnahme der deutschen Sozialdemokratie nur eine Stimme gefehlt habe. Die erste Sitzung der neu errichteten Kontaktkommission habe am 9. Juni zusammen mit den drei deutschen Delegierten stattgefunden und zum Ergebnis gehabt, daß sich die Kontaktkommission geschlossen am Nürnberger Parteitag beteiligen wolle. Dr. Schumacher wird dem Vorsitzenden der Kontaktkommission, de Brouckère vorschlagen, am nächsten Mittwoch eine Sitzung der Kommission mit Deutschen abzuhalten, wie sie die Kommission kürzlich gewünscht habe. Dieser Sitzung werde auch der österreichische Delegierte, Dr. Schöpf, beiwohnen.

Ein weiterer Fragesteller verwies auf die Behauptung der SED, daß in der Frankfurter Tagung der sozialdemokratischen Minister beschlossen worden sei, sich solange nicht an einen Tisch mit SED-Vertretern zu setzen, bis die Sozialdemokratische Partei Deutschlands auch in der Ostzone zugelassen sei. Dr. Hoegner habe anläßlich einer Pressekonferenz in München behauptet, daß die Ministerpräsidenten in keiner Weise eine derartige Stellungnahme geäußert hätten. Der selbe Pressevertreter habe Dr. Hoegner vorgehalten, daß Senatspräsident Kaisen ihm wenige Stunden vorher diese Stellungnahme der SPD bestätigt habe.

**Antwort:** Die Aufklärung gebe ich Ihnen gerne. Es handelt sich bei der Berichterstattung der SED-Presse um die Verwechslung zweier Tatbestände. Die Sozialdemokratische Partei kann als Partei die SED nicht sanktionieren, solange gleichzeitig von der SED die Sozialdemokraten in der Ostzone verfolgt, und ihrer Freiheit,

ihres Eigentums und in manchen Fällen ihres Lebens beraubt werden. Das ist der Standpunkt der Sozialdemokraten.

Bei der Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz habe es sich um ein Zusammentreffen der obersten Verwaltungsgewalt in den deutschen Ländern gehandelt. Um praktische Möglichkeiten für das deutsche Volk lebendig werden zu lassen, haben wir den prinzipiellen Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei nicht in seiner vollen Wirksamkeit auf die Haltung der sozialdemokratischen Ministerpräsidenten verlagert, sondern die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten waren mit unserem Parteivorstand ganz aus sich heraus der Meinung, daß die Ministerpräsidenten der Ostzone keine demokratische Legitimation hatten, daß man aber in den praktischen Dingen mit ihnen zusammenzuwirken gewillt sei, um die praktische Beseitigung der Nöte ein Stück vorwärts zu bringen. Das ist etwas anderes. Da sind den Herren von der SED zwei Informationen durcheinander gebracht. Der praktischen Zusammenarbeit stand nichts im Wege. Es war nur die rein reservierte Erklärung: Nach den Grundsätzen der Demokratie würde zwar keiner von euch im Amt sein, wenn demokratische Wahlen stattgefunden hätten, aber wir diskutieren dieses Problem nicht, sondern wir wünschen die Konferenz praktisch auf die aktuellen Nöte des Volkes konzentriert zu sehen.

**Frage:** Der einfache Mann auf der Straße muß besonders nach München folgende Gedanken haben: trotz aller Differenzen könnten sich doch die Vertreter aller deutschen Parteien einmal ohne Vorbehalte zusammensetzen und wenigstens einmal unter sich aussprechen, worin ihre Differenzen bestünden, und untersuchen, ob nicht auch Gemeinsames vorhanden sei, und ob dieses Gemeinsame stark genug wäre, einiges des Trennenden zu überwinden. Halten Sie diesen Gedanken des einfachen Mannes von der Straße für durchführbar?

**Antwort:** Ich weiß nicht, welche Straße Sie meinen, und in welcher Zone Ihre Straße liegt. Wenn Sie in die neuen Konzentrationslager kommen, werden Sie schwer eine einigende Formel zwischen Ihren Insassen und Wächtern finden. Es ist so ungefähr, wie wenn die Konzentrationsäre mit der SS eine gemeinsame Aktionsformel hätten finden wollen.

**Derselbe Fragesteller:** Darf ich Ihre Antwort so auffassen, daß Sie sagen, es ist eben in Deutschland nicht mehr die Möglichkeit, daß alle Parteien zusammenkommen?

**Antwort:** Nicht mehr? Nein, noch nicht.

Dr. Schumacher wurde dann gefragt, wie er die Anziehungskraft der Sozialdemokratie auf die deutsche Jugend beurteile und ob die jungen Menschen in zunehmendem Maße zur Sozialdemokratischen Partei Vertrauens faßten.

Er erwiderte, wenn er es sich leicht machen wollte, könnte er mit einem strahlenden Ja antworten und auf den steigenden Prozentsatz der jüngeren Menschen im Altersaufbau der Partei und auf die außerordentliche Vitalität der jungen Sozialisten hinweisen. Man dürfe sich aber nichts vorzusehen. Ein Teil der Jugend sei noch nationalisiert in Sinne der letzten zwölf Jahre, ein Teil sei demokratisch und ein kleiner Teil sei noch gewillt, "einen totalitären Paradezug unter anderen Emblemen zu kloppen". Die Mehrzahl der Jugend stehe aber noch sehr mißtrauisch und abwartend da und habe, da die Diktatur sie betrogen habe, Angst, daß sie die Demokratie auch betrügen könnte. Um diese jungen Menschen sei der Kampf noch lange nicht ausgetragen. Diese jungen Menschen werde man für eine Partei, die

Ihr Gesicht der Zukunft zuwenden, engagieren können, wenn man ihnen Vertrauen zum eigenen Leben und zu den Aussichten des eigenen Lebens geben könne. Das Problem sei aber noch nicht gelöst. Es werde noch hart bergangen.

Auf eine weitere Frage, ob die ablehnende Haltung der deutschen Jugend nicht aus der Tatsache resultiere, daß wir faktisch noch keine Demokratie hätten, erwiderte Dr. Schumacher, er glaube nicht, daß die Jugend dies voll erkennen könne. Wir hätten in der Ostzone die 100 prozentige Antisozialdemokratie, in der französischen Zone ausgesprochene Besatzungsverhältnisse und auch in der britischen und amerikanischen Zone müsse die Demokratie erst zum Leben kommen. Er glaube aber, daß die Jugend diese Hintergründe noch gar nicht in dieser Schärfe sehe, weil sie sich vielmehr von Wünschen und Weltbildern engagieren lasse, als Leute mit Skepsis und einer gewissen Lebenserfahrung.

Ein Pressevertreter bemerkte, es solle nach gewissen Meldungen von amerikanischen Kreisen ein fünfjähriger "Waffenstillstand" in der Frage der Sozialisierungsmaßnahmen in Deutschland vorgeschlagen worden sein.

Dr. Schumacher erwiderte, über diese Fragen könnte man erst diskutieren, wenn jeder Hunger in Deutschland verschwunden wäre. Der Kampf um die Sozialisierung sei swagseluffig und die Sozialdemokratische Partei könne sich ihm in gansen nicht entziehen. Es sei das eine Frage außerhalb des taktisch-opportunen Beschließens. Es sei eine Grundfrage, die das Volk an uns stelle.

Ansprache des Delegierten der Labour Party Joe Heeves, Mitglied des Unterhauses und der Nationalen Exekutive der Labour Party.

Genossen, im Auftrage der Nationalen Exekutive der Britischen Labour Party überbringe ich Euch die herzlichsten Grüße zu Euren Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Ich fühle mich aber auch berechtigt, Euch die guten Wünsche der gesamten organisierten Arbeiterschaft Großbritanniens zu überbringen, ebenso wie die der von ihr gewählten Vertreter in House of Commons, die zum ersten Male in unserer Geschichte Teil einer sozialistischen Regierung sind, die eine große Mehrheit über alle anderen Parteien zusammen hat. Wir haben den mutigen Kampf der Sozialisten Deutschlands zur Überwindung der Nazityrannie mit Anteilnahme verfolgt und wir freuen uns mit Euch über Euren Erfolg, eine lebendige und repräsentative Partei für die Vertretung des demokratischen Sozialismus in Deutschland aufzubauen. Eure Arbeit hat in den Herzen und Hirnen der deutschen Arbeiterschaft einen neuen Glauben erweckt an ihre Fähigkeit, das Ziel des Weltfriedens und des Weltsozialismus zu erreichen.

Wir in Großbritannien wissen, dass das gemeinsame Band, das die Sozialisten der Welt vereinigt, alle Verschiedenheiten in einer gemeinsamen Menschheitsidee überwindet. Wir hoffen, den Tag zu erleben, an dem wir durch unsere gemeinsamen wirtschaftlichen und kulturellen Anstrengungen die Zerstörungen des Krieges überwunden haben. Als Vorbereitung für eine neue Weltordnung, in der die Rechte des einzelnen stärker sind als private Profitinteressen oder nationalistische Ideologien, ist der demokratische Sozialismus die wirtschaftliche Basis, auf der die Menschheit sich erfüllen kann und der Ausdruck unserer gegenseitigen Verbundenheit.

Wir gehören alle zu einem großen Ganzen, und das Unrecht, das einem geschieht, wird allen angetan. Wenn nur Männer und Frauen dazukommen würden, sich gemeinsam in diesem Ziel zu verbinden, dann würden die wirtschaftlichen Vorteile des Sozialismus, der die Grundlage der sozialen Gerechtigkeit ist, allen Völkern der Erde zugutekommen, und zwar in einer Weise, wie wir sie nie vorher auch nur annähernd gekannt haben.

Die Britische Arbeiterpartei ist zur Macht gekommen in einer Zeit, in der unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten so groß sind wie nie zuvor in unserer Geschichte. Unsere Aufgaben, genau wie die Euren, sind überwältigend. Unsere Reichtümer sind im schrecklichsten Krieg aller Zeiten vergeudet worden. Während der beiden Weltkriege und in der Zeit dazwischen wurden unsere Industrien vernachlässigt und verhältnismäßig wenig modernisiert. Unser Kapitalismus zog es vor, lieber die Produktion einzuschränken, statt Güter für alle zu schaffen. Man zog Arbeitslosigkeit der Produktion für die Bedürfnisse aller vor. Private Interessen wurden über das Wohlergehen der arbeitenden Massen gestellt, und die sogenannten Patrioten stellten den Privatgewinn über das Interesse ihres Landes. Heute hat eine sozialistische Volksregierung Schulden bei Ländern, die vor dem Kriege vielfach unsere Schuldner waren, in Höhen von 5 Milliarden Pfund. Auf diese Weise müssen wir jetzt, zu einem Zeitpunkt, an dem wir die Bergwerke nationalisieren, riesige Summen bereitstellen für die Modernisierung unserer Bergwerke. Viele Bergwerke sind stillgelegt worden, und tausende von Bergarbeitern sind als Folge der kapitalistischen Wirtschaft in Industrien mit besserer Arbeit und lohnenderen Bedingungen abgewandert. Mit all diesen Dingen haben wir uns auseinandersetzen in einer Zeit, in der eine erhöhte Kohlenproduktion mehr denn je für uns notwendig ist, um eine gesunde Handelsbilanz zu sichern. Wir haben unsere Bergwerke, die Bank von England, Post und Telegraphendienst und unsere Luftfahrt sozialisiert. Wir sind dabei, unsere Eisenbahnen und unser gesamtes Verkehrswesen sowie die Elektrizität zu sozialisieren. Wir hoffen, daß wir vor dem Ende unserer Amtsdauer auch Gas und unsere Eisen- und Stahlindustrie sozialisiert haben werden. Wir haben unsere soziale Versicherung so aufgebaut, daß wir heute den Vergleich mit den besten in der Welt aufnehmen können. Wir planen unsere Städte nach neuen Gesichtspunkten, und wir haben große Summen bereitgestellt, auch unsere Kolonien nach sozialistischen Grundsätzen zu entwickeln. Unser Erziehungssystem wird modernisiert, und wir geben den Kindern der Arbeiterschaft Möglichkeiten, die sie nie vorher besaßen haben. Wir sorgen für die Mütter und ihre Babies, indem wir für sie jene Dinge frei zur Verfügung stellen, die unbedingt notwendig sind. All dies tun wir, trotzdem unser Wirtschaftsleben mit Schwierigkeiten belastet ist, es unmöglich machen, jene Dinge für unser Volk bereitzustellen, die das tägliche Leben bereichern und verschönern. Trotzdem wissen wir, daß unsere Arbeiterschaft jetzt wenigstens mit all dem versorgt wird, was man zum Leben braucht.

Wir wünschen, daß die Segnungen des Sozialismus allen Arbeitern der Welt und besonders auch unseren Genossen in Deutschland zugute kommen. Wir sind traurig über die Schwierigkeiten, mit denen Ihr zu kämpfen habt und wir hoffen, daß auch Ihr und Eure Familien einen gerechten Anteil an allen verfügbaren Gütern haben werdet, sobald die Lebensmittelknappheit in der Welt überwunden ist.

Als einer von denen, die ihr ganzes Leben lang für die Sache des Sozialismus gekämpft haben, möge es mir gestattet sein, meine deutschen Genossen zu bitten, die Bitterkeit zu überwinden, die aus den Schwierigkeiten des menschlichen Zusammenlebens nach einem so furchtbaren und grausamen Kriege entstanden ist. Ihr habt gelitten, und so ging es auch den anderen Völkern als eine Folge des Machtstrebens einer Clique von Verbrachern, aber der Tag des Sieges für die Unterdrückten der Welt ist näher als je zuvor in der Geschichte der Menschheit. So wie die dunkelste Stunde dem Morgenrot vorangeht, so wird auch das Morgenrot der Menschheit kommen, wenn wir bereit sind, für unsere gemeinsame Sache gemeinsam zu kämpfen.

(Diese Rede wurde von Joe Reeves auf der öffentlichen Kundgebung auf dem Marktplatz in Nürnberg gehalten. In Anbetracht ihrer Bedeutung geben wir sie im Wortlaut wieder.)